

**DIE HESSISCHE ZENTRALSTELLE FÜR
VOLKSBILDUNG UND JUGENDPFLEGE
UND IHRE VERBINDUNGEN ZU GIESSEN**

von

Ernst Dieter Nees

Wer sich eingehender mit den politischen Verhältnissen, speziell auch der Bildungspolitik des Volksstaates Hessen in der Zeit der Weimarer Republik beschäftigt, stößt immer wieder auf die Zentralstelle für Volksbildung und Jugendpflege. Ihr war offenkundig seitens der politisch Verantwortlichen ursprünglich eine wichtige Funktion zugeordnet, die dann im Verlauf der Jahre an Bedeutung verlor. An Planung und praktischer Tätigkeit dieser Institution lassen sich zeittypische Einstellungen und Probleme aufzeigen. Ihr Schicksal scheint symptomatisch zu sein für ähnliche Einrichtungen und Vorhaben der zwanziger Jahre. Die Bemühungen engagierter Idealisten und überzeugter Demokraten um Jugendarbeit und Erwachsenenbildung setzten außerdem Ideen frei, die über den Tag hinaus wirksam blieben.

Vorliegender Aufsatz versucht, einige solcher Aspekte aufzuarbeiten und einen Überblick über Arbeitsbereiche, Methoden und politische Einschätzung der Zentralstelle zu geben. Auf manche Details wurde im Interesse der Übersichtlichkeit der Darstellung verzichtet. Ausdrücklich einbezogen werden sollen die Verbindungen dieser Institution mit Gießen. Besonders an der Landesuniversität fanden sich gerade in den Anfangsjahren der Zentralstelle kompetente, bereitwillige Helfer und Anreger. Später beabsichtigte man, in der oberhessischen Provinzialhauptstadt eine Art Schwerpunkt für die freie Erwachsenenbildung im Umland zu schaffen - eine Konzeption, die indes nur partiell und für eine relativ kurze Zeitspanne verwirklicht werden konnte.

Gründung und Zielsetzung der Zentralstelle

Bekanntlich gab es schon vor dem 1. Weltkrieg eine recht aktive, vom Staat unabhängige Volksbildungsbewegung, man denke beispielsweise an die 'Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung', den 'Volksschriftenverein', die Volksbühnenvereine oder den 'Rhein-Mainischen Verband für Volksbildung'. Sie bemühten sich, verallgemeinert formuliert, den Wissensbesitz auf alle Schichten des Volkes auszudehnen, das Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land abzubauen, Wissenschaft zu popularisieren und dem einzelnen Hilfe zu leisten für die eigene Weiterbildung. Neben der sogenannten 'verbreitenden Volksbildung', die den Akzent ihrer Arbeit durch Vorträge und Vermittlung von Anregungen zum Selbststudium mehr auf die Entfaltung der Persönlichkeit zu höherem Menschentum legte, existierten Ansätze einer 'gestaltenden Volksbildung'. Sie wollte neben dem Intellekt stärker den Gefühlsbereich ansprechen, weniger von tradierten Kulturgütern ausgehen, sondern von echten Lebensbedürfnissen der Menschen. Die Schaffung lebendiger Lern- und Arbeitsgemeinschaften, in denen das Bildungsenergie eine entscheidende Rolle spielte, wurde angestrebt. Bildung sollte "kein Erleiden, kein Gestattetwerden, sondern ein Handeln, ein Sichgestalten, natürlich unter bestimmten Eindrücken und Reizen" sein.¹ Hier ist "die nahe Verbindung mit den pädagogischen Lebensformen der Jugendbewegung" (Hermann Nohl) deutlich.² Verlauf und vor allem unmittelbare Folgen des Weltkriegs haben dann die Notwendigkeit von Reformpädagogik und Volksbildungsarbeit bestätigt und der Bewegung neuen Auftrieb gegeben.

In diesem Zusammenhang muß das Entstehen der Idee zur Errichtung der Hessischen Zentralstelle für Volksbildung und Jugendpflege gesehen werden. Ihre konkrete Vorgeschichte reicht zurück bis in das Jahr 1918. Im September fand in Rothenburg ob der Tauber eine Tagung des 'Ausschusses der deutschen Volksbildungsvereinigungen' statt. An ihr nahm Heinrich Hassinger teil, der später als Leiter der Zentralstelle mit unermüdlichem Eifer seine ganze Schaffenskraft in den Dienst der Sache stellte.

Am 12. April 1888 in Schornsheim (Rheinhausen) geboren, war er nach Ausbildung in Präparandenanstalt und Seminar in Alzey unter anderem in Fränkisch-Crumbach, Weiterstadt und ab 1913 an der Stadtschule II in Darmstadt als Lehrer tätig gewesen. Zugleich hatte er als Schriftführer des 'Hessischen Volksschriftenvereins' Wanderausstellungen empfehlenswerter Bücher organisiert, Verzeichnisse guter Jugendschriften erstellt, Vorträge über Schundliteratur gehalten und an allen Problemen der Volksbildungsarbeit reges Interesse gezeigt.³ In Rothenburg erhielt er Anregungen, die er in einer Denkschrift über die Aufgabe und die Ausgestaltung des Volksbildungswesens in Hessen zusammenfaßte. Sie stellte nach mehrfachem eigenen Bekunden die Grundlage für seine spätere Tätigkeit dar. Danach sollte Volksbildung Sache des ganzen Volkes sein, nicht nur einzelner Schichten und sich auf das gesamte Kulturleben beziehen, Politik und das Gebiet der sogenannten Weltanschauungen mit eingeschlossen. Bei aller Weite und Weltoffenheit müsse Volksbildungsarbeit bodenständig sein, der Bezug zur Heimat biete wertvolle Anknüpfungspunkte. Die Methode der Bildungsarbeit habe sich auszurichten an volkstümlicher Darstellung, an konkreten Inhalten. Das Konzept der 'gestaltenden Volksbildung' sei dem der 'verbreitenden' vorzuziehen. Große Bedeutung komme der planmäßigen Schulung von Mitarbeitern zu; vor allem gelte es, neue Helfer zu gewinnen. Schließlich benötige freie Volksbildung und Jugendpflege besondere Pflegestätten, die von Staat und Gemeinden zur Verfügung gestellt werden sollten. Finanzielle Unterstützung zu leisten, sei in erster Linie Sache des Staates, aber auch moralische Verpflichtung reicher Bürger. "Die Kapitalkräftigen Amerikas und Englands" könnten als Vorbilder dienen.⁴

Die nach dem Umsturz Ende 1918 zustande gekommene demokratisch-republikanische Regierung des Volksstaates Hessen maß den Fragen von Volksbildung und Jugendpflege entschieden größere Bedeutung zu als ihre Vorgängerinnen. Sozialdemokratie und Deutsche Demokratische Partei waren - in Tradition der Arbeiterbildungsbewegung, bzw. linksliberalen Gedankenguts - ohne Vorbehalte zur Förderung und Intensivierung entsprechender, außerschulischer Aktivitäten bereit. Der dritte Koalitionspartner, das Zentrum, verfügte über langjährige Erfahrungen in konfessioneller Bildungsarbeit (zum Beispiel Borromäusverein und Volksverein für das katholische Deutschland) und sicherte Unterstützung zu. Man griff die oben skizzierten Gesichtspunkte der Denkschrift auf; ihr Verfasser wurde ab 1. Dezember 1918 aus dem Schuldienst beurlaubt, um an Vorschlägen zur praktischen Umsetzung des gedanklichen Entworfenes zu arbeiten. Er fand einen sachkundigen und entschlossenen Mitstreiter in Dr. Reinhard Strecker. Dieser hatte sich im Zusammenwirken mit dem Rhein-Mainischen Verband viele Jahre volksbildnerisch betätigt und

war Vorsitzender des 'Bundes Hessischer Schulreformer'. Wie Hassinger Mitglied der DDP, profilierte er sich rasch als hervorragender Schul- und Kulturpolitiker seiner Partei.⁵ Nur wenige Tage nachdem er zum Präsidenten des Landesamtes für das Bildungswesen ernannt worden war, gab er die Errichtung der Zentralstelle bekannt. Sie sollte nach der Definition des Erlasses vom 8. März 1919 nicht unmittelbar selbst eigenständige Volksbildungsarbeit treiben, sondern "einerseits uns auf dem Laufenden halten über alles, was auf diesem Gebiet geschieht, andererseits Auskünfte erteilen und Anregungen geben an alle, die zur Mitarbeit bereit sind." Unterstützung erfolge völlig unparteiisch. "Ausgeschlossen von unserer Anteilnahme werden nur alle diejenigen Bestrebungen bleiben, die von gewaltpolitischen Voraussetzungen ausgehen, mögen solche chauvinistischer oder spartakistischer Natur sein". Strecker bekannte sich zur "Macht der Idee" und zur "praktischen Vernunft im Sinne Kants". Von diesen Prinzipien ausgehend könne es gelingen, die geistige und moralische Zerrüttung der Gegenwart zu überwinden. Vor allem hoffte er auf bereitwillige Mithilfe der Lehrerschaft. Sie sollte sich auch außerhalb des engen Rahmens ihres Berufes bewähren und betätigen. Aber er richtete ebenso an Gebildete anderer Berufsstände den dringenden Appell mitzuwirken. Die freie Volksbildungsarbeit müsse "fortan aus ihrer Aschenbrödelstellung heraus, ihren Almosencharakter verlieren und zu einer großzügigen geistig-sozialen Bewegung werden, die in einer ernsthaft leistungsfähigen Volkshochschule schließlich ihren Gipfel finden wird"⁶. Zum Leiter der Zentralstelle wurde Heinrich Hassinger berufen.

Die neugeschaffene Institution war also konzipiert als Koordinationsstelle, die im wesentlichen

a) schon bestehende und neu entstehende Volksbildungs- und Jugendpflegebestrebungen zusammenfaßte und ideell wie materiell unterstützte; b) Verbindung zwischen Staat und Öffentlichkeit herstellte; c) kompetente Mitarbeiter heranbildete; d) für den Gedanken der Erwachsenenbildung und Jugendpflege warb als "eine Sache von allgemein nationaler Bedeutung" (Hassinger).⁷

Der Wichtigkeit dieser Aufgabe entsprach die Einrichtung einer besonderen Stelle, gleichgeordnet dem Landesbildungsamt. Man wollte damit Befürchtungen entgegentreten, die freie Volksbildungsarbeit werde nun ministeriell bürokratisiert und inhaltlich gleichgeschaltet. Die einzelnen, untereinander recht verschiedenen Volksbildungsorganisationen und Jugendverbände des Landes sollten vollständig unabhängig bleiben. "Der Zentralstelle liegt nichts an einer Zentralisierung der Befugnisse, ihr liegt nur etwas an der Zentralisierung der vaterländischen Sorge um das schwer bedrohte geistige und kulturelle Leben unseres Volkes...Sie möchte durch ihre Arbeit und ihre Erfahrung das ihre dazu beitragen, daß alle Teile unseres Landes gleichmäßig versorgt werden und in gleicher Weise von einer tiefgründigen Volks- und Jugendpflegearbeit ergriffen werden".⁸ Hassinger hielt es für notwendig, immer wieder darauf hinzuweisen, wie sehr trotz weltanschaulichem Pluralismus das "Ringens um dieselben Fragen der geistigen Zukunft unseres Volkes" ein einigendes Moment darstellen könne und sich im Wettbewerb der Ideale Gemeinsamkeiten zeigten, die dem Wiederaufbau des besiegten Deutschland zunutze kämen. Hinzu trat die Erkenntnis, daß ein er-

folgreiches Funktionieren der jungen Demokratie vom politischen Wissen der breiten Masse abhängen und letztlich auf die Fähigkeit des einzelnen Bürgers zu selbständigem Denken und Urteilen angewiesen sei. In dieser Hinsicht bestehe großer Nachholbedarf, den alle Organisationen der Erwachsenenbildung und alle Jugendverbände als gemeinsame Herausforderung begreifen müßten.

Aktivitäten der ersten Jahre

Unverzüglich nahm die Zentralstelle Verbindung auf zu den bestehenden Volksbildungseinrichtungen, Hochschulen, Jugendverbänden, politischen Parteien, Berufs- und Standesorganisationen, gewerblichen und industriellen Verbänden sowie sozialen und caritativen Stellen des Landes. Vertreter von etwa 85 dieser Vereinigungen trafen sich am 8. Mai 1919 unter Hassingers Leitung in Darmstadt zu einer Tagung. Die Hauptdiskussionsinhalte waren bezogen auf die geplante Struktur und Arbeitsweise der Zentralstelle und die Möglichkeiten wechselseitiger Zusammenarbeit. Es wurde beschlossen, für einzelne Sachgebiete Fachausschüsse zu bilden. Die verschiedenen Organisationen sollten geeignete Teilnehmer aus ihren Reihen benennen.⁹ Man erachtete es für sinnvoll, auf breiter Basis zunächst eine Art Bestandsaufnahme durchzuführen und dann Vorschläge zu erarbeiten, die zur "Mobilmachung der geistigen Kräfte des Volkes" dienen könnten. Die Ausschußmitglieder sollten einerseits Anregungen liefern, andererseits auch als Multiplikatoren draußen im Land wirken.

Die Fachausschüsse traten erstmals in der Zeit zwischen dem 8. und 19. September in Darmstadt zu Sitzungen zusammen. Über ihren Verlauf hat die Darmstädter Zeitung im einzelnen jeweils ausführlich berichtet. Dieser Quelle ist zu entnehmen, daß an den Beratungen von sieben Fachausschüssen auch Gießener Vertreter beteiligt waren: Für die Gebiete 'Frauenbildung' Dr. Karl Roller, Direktor der Höheren Mädchenschule; 'Heimatspflege' Dr. Hans Werner, Universitätsassistent; 'Naturwissenschaft und Technik' Geheimrat Dr. Walter König, ordentlicher Professor für Experimentalphysik, sowie Oberlehrer Dr. Georg Heußel, Physiker an der Oberrealschule; 'staatsbürgerliche und wirtschaftliche Bildung' Dr. Wolfgang Mittermaier, ordentlicher Professor der juristischen Fakultät; 'Volksunterhaltung' Professor Dr. Bernbeck; 'volkstümliches Büchereiwesen' Oberbibliothekar Dr. Robert Arnold Fritzsche sowie Pfarrer Heinrich Bechtolsheimer (Lucasgemeinde); 'Volkshochschulen' Dr. Walter Kinkel, Honorarprofessor für Philosophie.¹⁰ Für die Genannten war die Mitarbeit eine Überzeugungssache. Sie stimmten mit der allgemeinen Zielsetzung der Zentralstelle überein und bejahten den neuen Staat. Einige hatten sich auch entsprechend parteipolitisch gebunden, manche verfügten bereits über Erfahrungen im Volksbildungswesen, wie zum Beispiel Prof. Dr. König als Vorstandsmitglied des Gießener Lesehallenvereins, oder Prof. Dr. Kinkel als Vortragsreferent des Rhein-Mainischen Verbandes.¹¹ Ihre Namen erscheinen auch fast ausnahmslos in den Dozentenlisten der Gießener Volkshochschule, die offenbar als eine der ersten nach dem Krieg in Hessen eröffnet wurde. Die Initiatoren konnten unter anderem an die schon vor dem 1. Welt-

krieg durchgeführten "Studentischen Unterrichtskurse für Arbeiter und Unterbeamte" anknüpfen, wenngleich bei Inhalten und Arbeitsmethoden jetzt Veränderungen erfolgten.¹²

In den 'Leitsätzen' der Volkshochschule ist deutlich erkennbar, daß sie sich an den Grundgedanken der Zentralstelle orientierten. Jedem Bildungswilligen sollte ermöglicht werden, Wissensgrundlagen in allen Gebieten von Natur und Kultur zu erarbeiten. Förderung einer kritischen Haltung und des Selbstnachdenkens wurde für unerlässlich angesehen, damit sich "geistig bewußte, selbständige Persönlichkeiten" entwickelten, "die von Achtung vor der Arbeit und der ehrlichen Meinung des Mitmenschen erfüllt sind". Man wollte bei vollständiger politischer und religiöser Neutralität "eine neue geistige Volksgemeinschaft herbeiführen helfen" und außer Vortragsreihen vor allem Arbeitsgemeinschaften anbieten, "Vereinigungen kleinerer Kreise, die sich durch gemeinsame Selbstarbeit unter Leitung eines sachverständigen Lehrers gegenseitig fördern".¹³

In diesem Sinne sprachen auf der Eröffnungsfeier am 5. Oktober 1919 Prof. Dr. Mittermaier im Namen des Vorstandes des Volkshochschulvereins, Pfarrer Koch (Langd) und Prof. Dr. August Messer.¹⁴ Er ist seinerzeit nebenamtlich als Berater (Oberschulrat) für das Landesbildungsamt tätig gewesen, stand jahrelang an der Spitze des Trägervereins der Gießener Volkshochschule und leitete dort philosophisch-pädagogische Arbeitsgemeinschaften.

Der Eröffnung vorausgegangen waren zwei von der Zentralstelle direkt angesetzte, richtungweisende Probekurse: vom 18. April bis 10. Mai 1919 in Darmstadt und vom 16. bis 28. Juni 1919 in Gießen. Hier hatten wieder Prof. Messer, Prof. Mittermaier, Prof. Kinkel, Dr. Roller und Dr. Werner neben anderen mitgearbeitet.¹⁵ Messer beteiligte sich gemeinsam mit Hassinger auch an der "Württembergisch-Hessischen Führertagung für Volksbildner" im August 1920 in Friedrichshafen und der "Rheinhessischen Volksbildungswoche" im Dezember 1920 in Mainz.

Schon frühzeitig widmete sich die Zentralstelle dem Versuch, das Projekt einer Wanderbühne zu realisieren. Im Grunde griff man dabei Ideen der Volksbühnenbewegung der Vorkriegszeit auf: breitesten Volksschichten für einen erschwinglichen Eintrittspreis Theaterbesuche zu ermöglichen. Die tiefergehenden Intentionen waren auf Vermittlung von Bildung und sinnvoller Unterhaltung gerichtet, wobei ein derartiges Angebot vorwiegend den ländlichen Raum und die kleinstädtischen Gebiete erreichen sollte. Nach mühevoller Vorarbeit kam es im Herbst 1920 zur Gründung der "Hessischen Landeswanderbühne". In ihrem Repertoire lag der Schwerpunkt "mehr im Erprobten als im noch zu Erprobenden". Die Aufführungen von modernen, zeitgenössischen Stücken sollte eher den etablierten "festen" Theatern überlassen bleiben. Die Landeswanderbühne "will herzlich und volkstümlich spielen, vornehm aber faßlich, fein aber nicht verstiegen...Sie will sich mit ihrer Darbietung immer nahe am Herzen und Verständnis des Zuschauers halten." Vermittels einführender, erklärender Texte, die hauptsächlich Schriftsteller Wilhelm Michel (der bekannte Hölderlin-Forscher und Bühnenpreisträger 1925) verfaßte, wurde das Publikum vor jeder Aufführung mit dem betreffenden Stück bekannt gemacht.¹⁶ Die erste Vorstellung (Schillers 'Kabale und Liebe') fand in Offenbach am 18. Oktober 1920 statt. Das

Ensemble der ersten Spielzeit war der Schwäbischen Volksbühne "entliehen"; in den beiden folgenden Jahren verfügte die Wanderbühne dann über eigene Kräfte. Finanzielle Schwierigkeiten zwangen 1924 zur Zusammenlegung mit dem Frankfurter Künstlertheater, das unter dem Namen Hessisches Künstlertheater die Arbeit fortsetzte. Einschränkungen sind allerdings unübersehbar. Veranstaltete die Landeswanderbühne 1920/21 beispielsweise in 70 Orten Aufführungen, so hat das Hessische Künstlertheater 1928/29 lediglich in 19 Orten gastiert. Der als Ergänzung zur Wanderbühne 1921 geschaffenen "Kleinen Heimatbühne" war nur die kurze Lebensdauer von gut einem Jahr beschieden. Es handelte sich um eine bescheidene Bühne mit einfachen Holzpuppen, deren Spiel in den Dienst der Heimatpflege gestellt werden sollte. Die Überzeugung, daß Volksbildungsarbeit den Heimatgedanken miteinbeziehen und fördern müsse, hatte Hassinger bereits in seiner Denkschrift formuliert und nach Gründung der Zentralstelle in fast zahllosen schriftlichen und mündlichen Äußerungen bekräftigt. In Heimat und Volkstum wurzele alle Kultur, hier gelangten die Kräfte der Phantasie und des Gefühls gerade unverbildeter Menschen zur Entfaltung. Der überschaubare, vertraute Erlebnisraum könne es dem einzelnen erleichtern, Zusammenhänge zwischen engen und weiten Lebenskreisen zu erkennen, beziehungsweise Gemeinschaft zu pflegen. Nicht nur durch Heimatmuseen, Dorfbüchereien, Volksfeste und heimatliches Schrifttum sei Bewahrung und Weiterentwicklung von Tradition möglich, sondern auch durch eben die Kleine Heimatbühne. Das Puppenspiel wecke Freude am Einfachen und Ursprünglichen, verlebendige Volksüberlieferung, besonders wenn die Stücke auf Stoffen der Heimatgeschichte beruhten oder Dialekt und Volkslieder berücksichtigten.¹⁷

Nach Hassingers Bekunden ist die Heimatbühne "der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse" zum Opfer gefallen.

Mit bemerkenswerter Aufgeschlossenheit wandte sich die Zentralstelle einem damals noch neuen Medienbereich zu: Lichtbildwesen und Film. Im allgemeinen bestanden speziell seitens der Lehrer- und Erzieher-schaft recht große Vorbehalte gegen das Kino. Filmische Unterhaltung verflache und verrohe vielfach die Empfindungen der Zuschauer; die Darstellung krimineller Handlungen begünstige den Nachahmungsdrang und zerstöre moralische Normen; Szenen sogenannter Situationskomik verleiteten zu Gedankenlosigkeit, beziehungsweise oberflächlicher und vorurteilsbeladener Typisierung von Menschen. Die Schnelligkeit einander abwechselnder Bilder erfordere überhastete Arbeit des Gehirns, so daß das Geschaute nicht genügend verarbeitet werde und innere Unruhe erzeuge. Die Zentralstelle teilte die Kritik hinsichtlich der bedenklichen Einflüsse des Filmwesens, erkannte jedoch ebenso die positiven Möglichkeiten, die sich der Bildungsarbeit durch dieses Hilfsmittel eröffneten, angedeutet mit den Stichworten: Größere Anschaulichkeit und Wirklichkeitsnähe von Lehrinhalten; Schulung der Beobachtungsgabe; bessere Ansprechbarkeit der an Technik interessierten Jugendlichen. 1920 richtete die Zentralstelle daher ein "Hessisches Landeswanderkino" ein, das gute Filme in Schulen und Vereinen vorführen sollte. Seine Aufgaben übernahm kurz darauf die am 1. Januar 1923 gegründete Hessische Bildstelle, Sitz Darmstadt. Systematisch wurden von ihr Sammlungen eigener Lichtbildreihen angelegt zur Ausleihe an

Schulen und Vereine. Dem Filmlager stellte die Deulig-Filmgesellschaft, Berlin, zum Weiterverleih im monatlichen Wechsel Lehrfilme zur Verfügung, desgleichen die Deutsche Lichtspielgesellschaft.¹⁸ Die Bildstelle erteilte Auskünfte über Qualität und günstige Bezugsquellen von Projektoren und Ersatzteilen; sie hat auch selbst entsprechende Apparate zum Verleih angeboten. In Filmfortbildungsveranstaltungen warb sie um das Interesse der Lehrer sowie Jugendvereinsleiter am Lichtbild- und Filmwesen und bildete sie als Lichtspielvorführer aus. Verhandlungen mit Behörden über Filmzensur, Jugendlischenkontrolle und Schutzmaßnahmen der Schulen gegen sogenannten Kinoschund rundeten die Tätigkeiten auf diesem Arbeitsfeld ab.

Aktuelle politische, wirtschaftliche und kulturelle Probleme behandelte eine Abfolge von Kursen, beziehungsweise Tagungen. Ausgehend von einem "Rundblick über die äußere und innere Lage des deutschen Menschen von heute" wollte die Zentralstelle die Teilnehmer - Lehrer, Volkshochschuldozenten, Jugendleiter - dazu anregen, "das Besondere der erzieherischen Situation der Gegenwart" klar zu erkennen.¹⁹

Um Mißdeutungen den Boden zu entziehen, betonte Hassinger bei der Eröffnung der ersten Veranstaltung dieser Art Anfang April 1923, daß trotz Thematisierung tagespolitischer Fragen strikte parteipolitische Neutralität angestrebt sei. Die Zentralstelle favorisiere keine bestimmte politische Richtung, sie wende sich lediglich gegen Oberflächlichkeit, Leichtfertigkeit und Urteilslosigkeit. Der Kurs hatte staatswissenschaftliche Aspekte zum Inhalt, unter anderem die Theorien der politischen Parteien, Staats- und Herrschaftsformen, Aufgaben der Staatsbürgerkunde und den Komplex des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Dem Leiter, Prof.Dr.Hermann Kantorowicz (Freiburg) kam es auf Erarbeitung von wissenschaftlichen Grundlagen an, von denen her die Fähigkeit erwachse, "durch politisches Verständnis politische Verständigung herbeizuführen", denn ungeachtet aller Meinungsunterschiede lebe die Demokratie vom grundsätzlichen Konsens.²⁰

Im September 1923 fand eine kulturpolitische Woche statt. Als Referent analysierte Dr.R.Strecker die geistige Lage der Arbeiterschaft, Krisenerscheinungen der Innen- und Außenpolitik sowie der Erziehung. Theodor Bäuerle befaßte sich mit Berufs- und Arbeitsproblemen, ferner dem Aufbau des Bildungswesens in Deutschland. Wilhelm Michel stellte die Krise des deutschen Geistes dar, und Dr.Georg Koch (Gießen) sprach über "Die ländliche Kultur und das Bauerntum".²¹ An jeden Vortrag schlossen sich Aussprachen an.

Die wirtschaftspolitische Tagung am 28. und 29. Dezember 1923 leitete der Privatdozent an der Gießener Universität und Referent beim Reichsparkommissar Dr.Friedrich Raab. Er versuchte den Teilnehmern die Ursachen der sich vollziehenden inflationären Wirtschaftsentwicklung zu erklären, Grundkenntnisse der Finanz- und Wirtschaftspolitik zu vermitteln, letztlich die Verflechtung des Wirtschaftslebens mit Sozial- und Kulturpolitik herauszuarbeiten. Gerade weil in diesem Jahr der Niedergang der Volkswirtschaft für große Teile der Bevölkerung existenzbedrohende Züge annahm, mußte sich nach Hassingers Ansicht die Volksbildung herausgefordert fühlen. "Weshalb scheuen und beklagen wir denn unsere wirtschaftliche Not so sehr? Weil sie die Menschen verwildert und verroht, weil sie auf stumpfsinnigen Eigennutz und blinde

Zerstörungswut hinwirkt, weil sie nicht nur Entbehrungen bringt, sondern auch die geistigen Kräfte zerstört, die uns aus dieser gedrückten Lage wieder herausreißen sollen." Er appellierte an alle Mitarbeiter, auf keinen Fall zu resignieren. "Glaube an uns selbst, an die Kräfte und an die Berufung unseres Volkes tut uns am meisten not. Das ist kein gedankenloser Optimismus, der auf das unfehlbare Glück zu sündigen wagt, von dem haben wir in unserem Volke genug gehabt, sondern es ist jene hoffnungsfrohe Gesinnung, die die Lust zu planmäßiger Arbeit am Wiederaufbau unseres Volkes gebiert, es ist zugleich jenes ernste Verantwortungsgefühl, das aus einem wirklichen Verwachsensein mit dem Volk entstammt."²²

Auf Stärkung des politischen Bewußtseins, Befreiung aus Befangenheit in Vorurteilen zielte der staatspolitische Kurs der Zentralstelle am 23. und 24. Februar 1924. Er stand unter der wissenschaftlichen Leitung von Dr. Theodor Heuß, Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin. Die Themenkreise waren: "Die historischen Fundamente des deutschen Staatswesens"; "Die Krise des Staates"; "Die soziale und kulturelle Struktur der deutschen Gesellschaft" und "Formkräfte der deutschen Erneuerung". Auch hier sollten nicht bloß theoretisiert oder historisierend Probleme aufgearbeitet werden, vielmehr beabsichtigte man, durch Bewußtmachung der Wirklichkeit die Verbindung zum politischen Handeln in der Gegenwart herzustellen. Die Darmstädter Zeitung urteilte: "Der Kursus war ein ehrlicher, voller Erfolg. Nun fehlt in diesem Aufbauprogramm der Zentralstelle noch ein wesentliches Glied, die geistigen Grundlagen der Außenpolitik".²³

Eine derartige Veranstaltung kam nicht zustande.

An dieser Stelle scheint uns der Hinweis notwendig, daß Hassinger Volksbildungsarbeit und Jugendpflege weitgehend für identisch hielt, wengleich letztere zusätzliche, jugendspezifische Bemühungen erforderlich machte. Um wissenschaftliche und charakterliche Weiterentwicklung zu ermöglichen, sollten besonders Jugendliche an Volkshochschulkurse, Theater und gute Lektüre herangeführt werden. An die Jugendverbände erging immer wieder die Mahnung, sinnvolle, kreative Freizeitgestaltung sehr bewußt zu betreiben und zugleich das soziale Lernen zu fördern. Junge Menschen dürften sich nicht abkapseln unter Gleichaltrigen und Gleichgesinnten, sondern ebensogut versuchen, in Verständnis und Toleranz mit Älteren oder Andersdenkenden zusammenzuleben. Bei der Jugend liege die Chance der Überwindung von gesellschaftlicher Differenzierung und Klassenhaß. Die Zentralstelle bot beratende Hilfe an, gab Hinweise auf einschlägiges Schrifttum, gewährte finanzielle Beihilfen zur Errichtung von Jugendheimen, stiftete Bücher für Jugendorganisationen und setzte sich für Steuerbefreiung ein bei Veranstaltungen zugunsten der Jugendpflege. Sie unterstützte den schon seit den Tagen des Wandervogels fast zur Tradition gewordenen Kampf der Jugendbewegung gegen Alkohol und Nikotin. Der von ihr organisierte Darmstädter Alkoholgegnertag am 22. September 1923 sollte der öffentlichen Aufklärung über die Schäden der Genußgifte dienen und die Abstinenzler ermutigen. Eine Versammlung, auf der Universitätsprofessor Dr. Hans Schmidt aus Gießen vor ungefähr 2000 Zuhörern zu dem Thema "Bier oder Brot" sprach, war teilweise heftigen Störungen ausgesetzt. Der Redner forderte eine Einschränkung der Alko-

holproduktion, beziehungsweise ein unbedingtes Alkoholverbot für Jugendliche. Verlangt wurde auch das Gemeindebestimmungsrecht, das heißt das Recht, für die Wählerinnen und Wähler auf Gemeindeebene zu beschließen, ob und wieviele Alkoholschankstätten in ihrem Bezirk bestehen dürften.²⁴

Zum organisatorischen Aufbau der Zentralstelle bis zum Einschnitt 1924

Hassinger und seine Freunde hofften, daß bis Ende 1923 der organisatorische Aufbau der Zentralstelle abgeschlossen sein könnte. Im August dieses Jahres war folgender Stand erreicht: Die Gesamtleitung der Dienststelle (Sitz Darmstadt, Mathildenplatz 17) hatte Direktor Heinrich Hassinger. Ihn unterstützten zwei hauptamtliche Referatsleiter, Hofrat Ottenheimer und Studienassessor Maurer. Nebenamtliche Mitarbeiter waren je nach Bedarf Jugendführer Avemarie, Lehrer Eidmann, Gewerkschaftssekretär Leuschner, Schriftsteller Michel und Bibliothekar Dr. Waas. Dazu kamen Schreibkräfte. Um auf Dauer engen Kontakt mit allen großen Landesorganisationen des Geistes-, Wirtschafts- und öffentlichen Lebens herzustellen und vielfältige Wünsche und Anregungen kennenzulernen, bestand ein Hauptausschuß - später Landesausschuß -, in dem 65 Vereinigungen, von den politischen Parteien, Berufs- und Standesorganisationen bis hin zu Jugendverbänden und Sängerbünden vertreten waren. Beratende Organe stellten die bereits erwähnten Fachausschüsse (Fachbeiräte) dar, ursprünglich elf an der Zahl, dann erweitert durch einen Ausschuß zur Pflege des Gesanges. Sie wurden in zwangloser Folge einberufen. Geschaffen werden sollte ein Landesausschuß für Leibesübungen, damit die Interessen der verschiedenen Sportvereine koordiniert zur Geltung gebracht, beziehungsweise gefördert würden. Dieses Ziel ließ sich in den nächsten Jahren erreichen. Im Sommer 1923 liefen die Vorbereitungen, in Ausführung des Volksschulgesetzes vom 25.11.1921, speziell des Artikels 50, Absatz 8, an die Schulvorstände der Gemeinden angegliedert, Ortsausschüsse für Volksbildung und Jugendpflege zu bilden. Ihnen sollten "als vollberechtigte Mitglieder je ein Vertreter aller an der Volksbildung und Jugendpflege unmittelbar interessierten Vereine der Gemeinde bei voller Wahrung der Selbständigkeit und Wirkungsmöglichkeit angehören".²⁵ Weil vermutlich der jeweilige Ausschuß zu groß würde, war vorgesehen, aus seiner Mitte einen übersichtlichen, aktionsfähigen Arbeitsausschuß zu wählen. Ferner sollten bei den Kreisschulämtern solche Ausschüsse entstehen. Auf diese Weise plante die Zentralstelle die Schaffung einer breiten Basis, "durch die wir die Bedürfnisse, Wünsche, Anschauungen und die Arbeit der einzelnen örtlichen Organisationen genau kennenlernen", damit es im tatkräftigen "Zusammenstehen aller und Betätigung opferwilligen Gemeinsinns gelingt, die herrlichen geistigen Überlieferungen der deutschen Nation aus dieser schwer bedrohten Zeit in eine hellere Zukunft hinüberzuretten."²⁶

Die Konstituierung der Ausschüsse ging offensichtlich recht schleppend voran, sowohl in etlichen Städten und Landgemeinden als auch ganz besonders auf Kreisebene. In seinem Bericht "Zehn Jahre amtliche Volksbildungs- und Jugendpflegearbeit in Hessen", veröffentlicht 1928,

äußerte Hassinger die Erwartung, daß die Beiräte bei allen Kreisschul-
ämtern bald eingerichtet werden könnten. Bezüglich der Ortsausschüsse
wünschte er eine "größere Lebendigkeit" als bisher.

Es mag sich hier gewissermaßen eine Bestätigung finden für die Über-
zeugung Robert von Erdbergs, die Effektivität der Volksbildungsbewe-
gung sei nicht vorwiegend durch finanzielle Schwierigkeiten (z.B. Geld-
entwertung) stark eingeschränkt worden.²⁷ Er machte eine Reihe ande-
rer Ursachen namhaft, unter anderem das Fehlen einer eigens entwik-
kelten Erwachsenenpädagogik, ein fortschreitendes Mißtrauen der ein-
zelnen Organisationen untereinander aus weltanschaulich-politischen
Gründen sowie das Nachlassen des Interesses breiter Volksschichten,
etwa der Arbeiterschaft, die in Zeiten heftiger politischer Unruhe kei-
ne Bildung um ihrer selbst willen anstrebte, sondern den Erwerb poli-
tischer Macht. In der Tat flaute der ursprünglich feststellbare Enthu-
siasmus ab; vielfach haftete beispielsweise den Volkshochschulen der
"Makel der Bürgerlichkeit" (v.Erdberg) an. Hassinger setzte sich Ende
1923 mit dem - wie er schrieb - oft gehörten Argument auseinander,
daß die intendierte Volksbildung gerade diejenigen nicht erreiche, für
die sie in erster Linie bestimmt sei: das "Volk" im engeren Sinne. Der
Arbeiter gehe nicht herzu, der Bauer bleibe fern, die Halbwüchsigen
zögen Kino und Sport vor. Seiner Einschätzung nach traf das Pau-
schalurteil nicht die Wirklichkeit, aber er gab doch zu, es enthalte ei-
nen "Kern Wahrheit", denn tatsächlich habe nur ein Teil der Arbeiter
und Bauern seither von dem Angebot der Volksbildungsbewegung Ge-
brauch gemacht. Er folgerte indes daraus, daß diese Arbeit deshalb
erst recht betrieben werden müßte.²⁸ - Gewiß stellten auch büro-
kratisches Verhalten und Unkenntnis mancher kommunaler Verwaltungen
in bezug auf die Erwachsenenbildung ernstzunehmende Hemmnisse dar.
Dennoch war wohl der finanzielle Gesichtspunkt letztlich entscheidend,
freilich in Verbindung mit der politischen Bewertung der Volksbil-
dungsarbeit, da die Bereitstellung der Mittel zugleich eine politische
Entscheidung bedeutete.

Schon relativ kurze Zeit nach Gründung wurde die Zentralstelle mit
dem Zwang zu sparen konfrontiert. Hassinger wollte von Anfang an
vermeiden, daß sich die hessische Volksbildungsarbeit weitgehend iso-
liert vollziehe. Er setzte Abschließung nach außen mit Stagnation und
Rückschritt gleich. Daher gab er in Verbindung mit Theodor Bäuerle ab
Oktober 1919 die "Volksblätter für Württemberg und Hessen" her-
aus.²⁹ Zu den Mitarbeitern gehörten neben anderen Reinhard Strecker,
August Messer, Enno Heidenbroek und Otto Wilhelm. Nach 12 Heften
mußten die Volksblätter im Dezember 1920 aus wirtschaftlichen Grün-
den ihr Erscheinen einstellen. Auch die Anzahl der geplanten selb-
ständigen Publikationen der Zentralstelle wurde im Verlauf der Jahre
erheblich reduziert. Der Schwerpunkt der Veröffentlichungen - Aufsät-
ze, Vortragsmanuskripte, Aufrufe, Arbeitsberichte - lag bei kürzeren
Flugschriften und Flugblättern, die verhältnismäßig preiswert her-
gestellt und in vielen Fällen durch Spenden ausländischer Freunde Has-
singers (überwiegend wohl Amerikaner) finanziert worden sind. Von den
Schwierigkeiten der "Kleinen Heimatbühne" und des "Hessischen Wan-
dertheaters" war vorstehend bereits die Rede. Die angestrebte Kom-
munikation mit außerhessischen Organisationen fand im wesentlichen

nur durch Ämterverknüpfung des Leiters der Zentralstelle statt. So war er beispielsweise Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft Rheinischer Volksbildungsvereinigungen, erster Vorsitzender des Deutschen Theaterkulturverbandes, Förderer des Pfälzischen Verbandes für freie Volksbildung, Mitglied der Verwaltungsausschüsse der Deutschen Zentralstelle für volkstümliches Büchereiwesen und der Deutschen Akademie für Volksforschung und Erwachsenenbildung.

Die Inflationskatastrophe und die energischen Maßnahmen zur Stabilisierung der Währungsverhältnisse brachten für die Zentralstelle einschneidende Veränderungen. Noch größerer Sparzwang, Beamtenabbau, Neuordnung des Finanzausgleichs zwischen Reich und Ländern verlangten allenthalben schmerzliche Opfer. Im Jahre 1924 wurde das Personal der Dienststelle bis auf den Leiter abgebaut. "Die Arbeit, die zuvor auf drei Personen (hauptamtlich) mit entsprechenden Hilfskräften...verteilt war, mußte nun in der Hauptsache von einer Kraft geleistet werden. Das bedeutete natürlich einen schweren Schlag für diese junge Institution und vermehrte die Hemmungen und sachlichen und persönlichen Schwierigkeiten um ein Bedeutendes, wenn auch gerne anerkannt sei, daß Kanzlei und Buchhaltung des Landesamtes für das Bildungswesen in entgegenkommender Weise bemüht waren, diese - soweit das eben möglich - überwinden halfen."³⁰ In Kreisen, die bisher Volksbildungsarbeit aktiv unterstützt hatten, machte sich Resignation breit.

Die Haltung der Politiker

Obwohl von der Gründung an stets die parteipolitisch-weltanschauliche Neutralität der Zentralstelle hervorgehoben worden ist, beobachteten die Oppositionsparteien, besonders die DVP, ihre Tätigkeit mit unverhohlenem Mißtrauen. Hassinger bedauerte in seinem rückblickenden Bericht von 1928 den überwiegend unsachlichen Charakter von Ablehnung und Widerstand. Sie erwachsen - so formulierte er - "aus der neuen politischen Gesamtlage des Landes". Das heißt also, daß man die prinzipielle Abneigung gegen das republikanisch-demokratische System auf die Zentralstelle übertrug. Die Beurteilung ihrer Arbeit wurde vor allem während der ersten Jahre der Republik in die um sich greifende politische "Überreiztheit" hineingezogen, "die alles und jedes Geschehen überhaupt nur noch politisch sehen und werten konnte".³¹ Daß Hassinger davon überrascht und persönlich bedrückt war, erscheint uns heute als ein Indiz für eine doch wohl vorwiegend unpolitisch-idealistische Grundeinstellung, die der Realität der Machtpolitik kaum gewachsen war, oder ihr bewußt aus dem Weg zu gehen versuchte. Auseinandersetzungen der Tagespolitik berührten ihn eher peinlich, er hoffte vergeblich, die Zentralstelle aus ihnen herauszuhalten. Es zeigte sich die Problematik des Begriffs Neutralität, der in einer Umbruchsphase auf eine staatliche Institution angewendet werden sollte. Er mußte zu Mißdeutungen Anlaß geben in einer Zeit, in der die Bejahung des neu geschaffenen Staates an sich schon einer parteipolitischen Stellungnahme gleichkam.

Die Zentralstelle bestand nur wenige Wochen, und der erste (oben erwähnte) Darmstädter Volkshochschulkurs war noch nicht abgeschlossen,

als die Abgeordneten der DVP, Dingeldey und Dr.Osann, eine Anfrage betreffend "Hebung der allgemeinen Volksbildung" im Hessischen Landtag einbrachten. Sie wünschten zwar Auskünfte über die Bildungspolitik insgesamt, hatten aber hauptsächlich den noch laufenden Kurs im Visier. In der der DVP nahestehenden Presse war rasch der Vorwurf erhoben worden, die Vorlesungs- bzw. Diskussions Themen seien einseitig dem Sozialismus gewidmet und die Referenten nach parteipolitischen Gesichtspunkten ausgewählt.³²

Mit der Regierungsantwort stellte der Präsident des Landesbildungsamtes, Dr.Strecker, noch einmal ausführlich die Ziele der Volksbildungsarbeit dar und versicherte nachdrücklich, man brauche weder staatliche Gängelung noch einseitige politische Beeinflussung zu befürchten. "Wir wollen durch diese Volkshochschulen...niemand bekehren, sondern was wir wollen, ist dieses: Wir möchten erstens jeden Teilnehmer dazu nötigen, den Standpunkt, auf dem er steht, wissenschaftlich zu vertiefen und sittlich mit ganzem Ernst zu begreifen...Zweitens wollen wir, daß die Persönlichkeiten, die dort einander begegnen, ihre Meinungsgegensätze in einer Form austragen lernen, bei der die gegenseitige Achtung trotz des Meinungsunterschiedes bestehen bleibt. Wir wollen auf diese Weise gewissermaßen vorbildlich wirken im Gegensatz zu den vielen üblen Erfahrungen, die man im politischen Parteikampf machen muß". Er stellte freilich auch klar, daß man politische Grundsatzzfragen seiner Meinung nach nicht ausklammern sollte. Volksbildungsarbeit bekomme sonst leicht etwas Farbloses, Oberflächliches, reiche "nicht in diejenigen Tiefen des menschlichen Denkens und des menschlichen Fühlens hinunter, wo der Mensch die großen Entscheidungen über seine Stellung zu den sittlichen Problemen trifft, und dazu gehören auch die politischen Probleme". In diesem Sinne habe man sich im Darmstädter Kurs mit Sozialismus und Demokratie auseinandergesetzt; das Programm sei in gemeinsamer Absprache zwischen Hörern und Dozenten entstanden. Bei anderen Veranstaltungen könnten dementsprechend völlig andere Problemkreise erörtert werden. Abschließend rief Strecker zu gegenseitiger Verständigung und zur Mitarbeit auf.³³

Die Interpellanten zeigten sich jedoch hiermit nicht zufrieden. An den Darmstädter schloß sich der Gießener Kurs an, auf dem ebenfalls das Reizthema Sozialismus eine Rolle spielte. Die Opposition sah ihre Bedenken bestätigt und machte die strittige Angelegenheit im Juli 1919 zum Gegenstand einer ausgedehnten Plenumsdebatte des Landtags, die allerdings zusätzliche Aspekte der Schulpolitik zum Inhalt hatte. Die Aussprache eröffnete der führende Zentrumsabgeordnete Domkapitular Georg Lenhart, indem er die Existenz der Zentralstelle grundsätzlich begrüßte, aber kritisierte, daß sie "im Anschluß an die Neuordnung der Dinge mit einer gewissen nervösen Hast, wie es schien, begründet wurde." Die Verantwortlichen hätten sorgsamer abwägen und planen sowie die gegensätzlichen Zeitströmungen in ihre Überlegungen miteinbeziehen sollen. Er äußerte die Befürchtung, in der Bildungspolitik komme die Religion sowohl in der Schule als auch in der Erwachsenenbildung ins Hintertreffen und lehnte die Ansicht Streckers ab, daß die Verwahrlosung der Jugend durch sittlich-religiöse Erziehung im überkonfessionellen Sinn gebessert werden könne. Seinem Eindruck nach habe die Darmstädter wie die Gießener Volkshochschulveranstaltung in erster Li-

nie "zur Vertiefung des sozialdemokratischen Gedankens" gedient.³⁴ In den maßvoll formulierten Ausführungen wurden Vorbehalte sichtbar, die der katholische Koalitionspartner gegenüber der Bildungspolitik von SPD und DDP (auch gegenüber der Person Streckers) im Umfeld einer Novellierung der Schulgesetze (Diskussionspunkt: Konfessionsschule) hegte. Das Mißtrauen, das sich zumindest angesichts der Möglichkeit der Durchsetzung einer völlig säkularisierten, neuen schulischen Erziehung entwickelte, griff auf die Beurteilung der Tätigkeit der Zentralstelle über. Wohl um die latente Spannung nicht zu erhöhen, fielen auch die Entgegnungen Georg Kauls (bildungspolitischer Sprecher der SPD) und Dr. Streckers recht maßvoll aus. Wesentlich neue Gesichtspunkte ergaben sich nicht. Streckers Rede enthielt indes eine tiefgründige Beschreibung seiner Position in Erziehungs- und Weltanschauungsfragen.³⁵ - Eduard Dingeldey sprach für die DVP und übernahm politisch und rhetorisch geschickt den Zentrumsvorwurf der Übereilung, die verbunden gewesen sei mit unzureichender Rücksichtnahme auf die Bandbreite der im Land vorhandenen Einstellungen. Die Regierung müsse dafür sorgen, daß die Freiheit aller geistigen Kräfte des Volkes gewährleistet werde, ungeachtet der Frage, ob sie sich mit den jeweiligen Richtungen identifizieren könne oder nicht. Bei den Darmstädter und Gießener Kursen habe eine ausgewogene Behandlung der Lehrgegenstände Sozialismus und Demokratie nicht stattgefunden. Es sei notwendig, "über diese Fragen sowohl Anhänger der Demokratie und des Sozialismus wie Gegner dieser beiden Weltanschauungen" sprechen zu lassen. Dingeldey bekräftigte: "Der Weg, den man in Darmstadt und Gießen gegangen ist, führt zu einer agitatorisch-parteilichsten, keineswegs aber volksbildnerischen Bearbeitung der Hörer. Dieser Vorwurf wurde in der Öffentlichkeit gegen diese Kurse erhoben, und ich muß ihn ausdrücklich wiederholen."³⁶ Er stellte in aller Klarheit fest, daß die Rechtsparteien sich in einem unverwischbaren Gegensatz zu "den geistigen und nationalen Auffassungen" der Regierung befänden. Zur Verdeutlichung zog er die Frage von Völkerversöhnung und Pazifismus heran. Solche Ideen lägen nicht im Interesse Deutschlands. Statt über Weltbürgertum und Weltgemeinschaft nachzudenken, solle man sich lieber auf die nationalen Probleme konzentrieren. Pflege des nationalen Empfindens sei eine vordringliche Aufgabe der Volksbildungsarbeit, die versuchen müsse, "diejenigen Grundmauern unseres Volksdaseins, unseres nationalen Daseins überhaupt wieder zu festigen, die in den letzten Wochen und Monaten eingestürzt sind".

Die Debatte markierte gleichsam exemplarisch (deshalb wird ihr hier relativ große Ausführlichkeit eingeräumt) die konträren Standpunkte. In späteren Jahren verminderte sich zeitweise die Schärfe der Auseinandersetzung, zum einen wohl, weil der Nachfolger Reinhard Streckers, Otto Urstadt³⁷, eine nüchterne, zurückhaltende, pragmatische Politik vertrat, zum anderen infolge der allgemein wachsenden Erkenntnis, daß Hassinger selbst mit enormem Fleiß um effektive Arbeit bemüht war. Die Motive für kritische Anmerkungen blieben indes im wesentlichen gleich. Beispielsweise monierte in der Landtagssitzung am 16. Mai 1923 Dingeldey erneut "gesinnungsmäßige oder politisch einseitige Lehrpläne" an den Volkshochschulen, unterstützt von den Abgeordneten Rudolf Kindt und Dr. Ferdinand Werner (DNVP).³⁸ Ihre Beanstandungen bezogen

sich hauptsächlich auf den oben erwähnten staatswissenschaftlichen Kurs und die staatspolitische Tagung, beziehungsweise deren Leiter Prof.Dr.H.Kantorowicz und Dr.Th.Heuß. Sie neigten, ebenso wie andere Berater der Zentralstelle, "stark nach einer Seite hin...nach der linken", rügte Werner nochmals im Plenum am 10. Juli 1925.³⁹ Dennoch bewertete er - wie besonders sein Fraktionskollege Prof.Dr.Wilhelm Diehl - Aktivitäten wie Landeswanderbühne, Volksbibliotheken und Pflege des Heimatgedankens positiv, während die Vertreter des Hessischen Bauernbundes immer wieder generelle Ablehnung der Volksbildungsarbeit bekundeten. Heinrich Leuchtgens (Friedberg) etwa verdammt permanent den "Kulturfimmel" der hessischen Regierung und stellte Anträge auf drastische Kürzung der Mittel für die Zentralstelle oder plädierte für ihre Auflösung.⁴⁰ Die DVP trat 1924 sogar dafür ein, das Landesamt für Bildungswesen abzuschaffen.

Bei anhaltend angespannter Haushaltslage fiel es SPD und DDP nicht leicht, derartige Forderungen abzuwehren. Sie wiesen darauf hin, daß Gestaltung und Verwaltung von Schul- und Kulturangelegenheiten einer der wenigen selbständigen Hoheitsbereiche des Landes sei. Wegen seiner Wichtigkeit könne das Landesbildungsamt nicht in andere Behörden eingegliedert werden. Sie vermutete, unter dem "Deckmantel der Ersparnispolitik" (Kaul) versuche die Opposition in Wirklichkeit republikanisch eingestellte, staatstreue Beamte und Inhalte einer fortschrittlichen Kulturpolitik zu treffen. Die Zentralstelle habe stets sparsam und doch erstaunlich wirkungsvoll gearbeitet, ihre Leistungen seien vorbildlich für andere Länder. Julius Reiber betonte, daß sie "überhaupt nur ganz geringe sachliche Kosten verursacht, daß vielmehr durch die Beziehungen des Direktors Hassinger große Summen, im vergangenen Jahre (1923) über 10000 Goldmark, für die Volksbildungsarbeit herbeigeschafft worden sind. Aber das gilt nichts, denn er ist Demokrat, und deshalb wollen Sie ihn abbauen".⁴¹

Gleichwohl waren Personaleinsparungen und sachbezogene Kürzungen der Etatmittel unumgänglich. Die Regierungsparteien sahen sich starkem Druck der Öffentlichkeit ausgesetzt, die es nicht verstanden hätte, wenn bei erheblichen Haushaltsdefiziten, notwendigen Steuererhöhungen und sinkenden Einkommen der Bildungsbereich weitgehend ausgeklammert worden wäre.

Aspekte der weiteren Entwicklung

Trotz aller finanzieller Einschränkungen und personeller Schwierigkeiten setzte Hassinger, zum größten Teil auf sich selbst gestellt, mit idealistischem Schwung seine Arbeit fort. Er meinte, in wirtschaftlicher Notlage Volksbildung und Jugendpflege zu vernachlässigen, heiße Neid und Verbitterung neue Nahrung geben, "es heißt die niedrigen Zerstreuungen fördern, es heißt das Versinken in Stumpfsinn begünstigen".⁴² Auch im kleinen und ohne große Aufwendungen könne Bildungsarbeit betrieben werden. So wandte er sich wiederholt in Aufrufen an die hessischen Vereine, eine Phalanx zu bilden gegen Kitsch und minderwertigen Geschmack. Das beginne bei der Gestaltung von Ehrenurkunden, Ehrengaben oder Vereinsabzeichen und ende bei der Durchfüh-

rung von Vereinsfesten. An die Stelle oberflächlicher Tanzmusik, "frivolster Schlager", sollten Volkstanz, Volkslieder und Laienspiel treten. Eine weit verbreitete ungesunde Häufung von Festveranstaltungen gleiche einer Flut, die sich verheerend über das Volksleben lege und den Sinn für wahre Festfreude töte. Die Vereine müßten sich bezüglich ihres Festfeierns absprechen, gemeinschaftlich planend in der Öffentlichkeit auftreten und so zu einer echten Gemeinschaft kommen.⁴³ Sportvereine und insbesondere deren jugendliche Mitglieder mahnte er, sich vor überspanntem Ehrgeiz zu hüten. Daraus entwickle sich allzuoft gemeinschaftszerstörende Konkurrenz. "Eine lächerliche Verhimmelung einzelner Personen in Wort und Bild", die Überschätzung äußerer Erfolge, "eine spekulationslüsterne Aufbauschung der doch wahrlich nicht weltbewegenden Begegnungen von Mannschaften und Kämpfern" begünstige das Sensationsdenken. Dies überdecke Werte, schalte eigenes Urteilen und abwägendes Entscheiden aus und bilde "Nachäffer und Nachläufer heran".⁴⁴

Zahllose Reden und Zeitungsartikel Hassingers baten die ältere Generation, Geduld und Verständnis für die Jugend aufzubringen. Sie habe es schwer, in einer Zeit des Umbruchs, heftiger politischer Kontroversen und existenzieller Not zu sich selbst zu finden. Sie bedürfe "der Führung, der Sammlung, des Haltes", da sie sonst Gleichgültigkeit oder rein materialistischer Gesinnung anheim falle. Er begrüßte, daß der Staat die Jugendlichen nachdrücklicher in die Sozialpolitik einbezog (Reichsjugendwohlfahrtsgesetz, Jugendgerichtsgesetz, Einrichtung von Jugendämtern) und half mit, der Einsicht in die Notwendigkeit sozialpädagogischer Maßnahmen die Wege zu ebnen. Als Beispiel sei der Lehrgang zur Einführung in die Jugendwohlfahrt genannt, der auf seine Anregung hin am 8. Mai 1926 an der Gießener Universität stattfand. An ihm beteiligten sich die örtliche Volkshochschule und die Lehrervereine von Wiesbaden, Friedberg und Gießen. Prof.Dr.Wolfgang Mittermaier referierte über "Jugendwohlfahrt und Schule im Recht"; Stadtmedizinalrat Dr.Fischer-Defoy (Frankfurt/M.) sprach zum Thema "Jugendwohlfahrt und körperliche Gesundheit"; Prof.Dr.v.Düring (Frankfurt/M.) beschäftigte sich mit jugendlichen Psychopathen in Schule und Haus; Prof.Dr.Erich Stern mit dem Problem der sexuellen Erziehung. Prof.Dr.August Messer berichtete von seiner Studienreise nach Österreich und dem dortigen Stand von Schulreform und Jugendpflege. Der Gießener Kreisschulrat Martin Fischer erläuterte die "Jugendpflege auf dem Land", und Gewerbeschulrat Dr.Rudolf Bünnings widmete sich dem Bereich "Berufsberatung und Berufsbildung".⁴⁵ Der Lehrgang wurde in Darmstadt und Mainz wiederholt.

Hassinger verstand sich als "Anwalt und Brückenbauer der Jugend" und plädierte für das Miteinander aller Bünde und Gruppen im Interesse der Volksgemeinschaft. "Kein Schielen nach den anderen Gruppen, aber ein Hinüber- und Herübersehen ohne falschen Konkurrenzzeifer, damit einer vom anderen lerne. Daß es so sein kann, daß alle Gruppen in Fortschritt und Rückschritt miteinander verbunden sind, das wissen wir aus vielfältiger Erfahrung, und es wird immer wieder nötig, sich auf diese Brückenbaueraufgabe zu besinnen."⁴⁶ Auf dieser Linie lag auch sein warmherziges Eintreten für die Jugendherbergsbewegung. Jedem jungen Menschen sollte die Chance gegeben werden, sich durch Wandern "kör-

perlich zu kräftigen, geistig zu bereichern und seelisch zu stärken". Erziehung zur Einfachheit, direkte Kontakte mit allen Volksschichten und Unterordnung in einer Gemeinschaft wirkten vorteilhaft auf die soziale Gesinnung. "Wir müssen dankbar jede Gelegenheit und Möglichkeit begrüßen, die uns gegeben sind, um Haß und Mißgunst, um Hader und Gegnerschaft in den Reihen der eigenen Volksgenossen zu bekämpfen, um der gegenseitigen Entfremdung durch gegenseitiges Kennenlernen und Verstehen zu begegnen."⁴⁷

Die Absicht, seitens der Zentralstelle ab 1926 eine Schriftenreihe mit dem Titel "Der Brückenbauer" erscheinen zu lassen, mußte nach etwa zwei Jahren wiederum aus finanziellen Gründen aufgegeben werden. Mehr Erfolg war den Versuchen beschieden, die vielen Gesangsvereine des Landes aus ihrer Vereinzelung zusammenzuführen. 1924 gelang die Gründung des "Hessischen Sängerbundes", dem rund 500 Vereine mit circa 20000 Mitgliedern angehörten. In Würdigung seiner Verdienste wurde Hassinger auf der Bundestagung 1927 zum Ehrenvorstandsmitglied ernannt.⁴⁸ Vorausgegangen waren im gleichen Jahr Initiativen zur organisatorischen Koordinierung auf regionaler Ebene, wie beispielsweise die Schaffung des Provinzialverbandes der Gesangsvereine für Oberhessen auf einer Tagung im September in Gießen.⁴⁹

Ermöglichte die Pflege des deutschen Liedgutes eine gemeinschaftstiftende "Rück- und Hinführung zum kulturellen Erbe", so galt das in gleichem Maß für die Beschäftigung mit Literatur. Das Anregen zur Lektüre guter Bücher betrachtete Hassinger als eine der wichtigsten volksbildnerischen Aufgaben. Sofort nach Gründung der Zentralstelle hatte er den schon vor dem Krieg geführten Kampf gegen "Schmutz- und Schundliteratur" wieder aufgenommen und intensiv alle Bestrebungen unterstützt, volkstümliche Büchereien aufzubauen. Durch das Organisieren von Büchereitagen und Entsendung interessierter Volksbildner zu entsprechenden Tagungen außerhalb Hessens sollten die nebenamtlichen Volksbibliothekare geschult werden. Seines Erachtens hing der Erfolg der Büchereien nämlich wesentlich davon ab, daß über den einfachen Buchverleih hinaus eine sachkundige, individuell beratende Ausleihe erfolgte. Von daher ist auch die wiederholt erhobene Forderung zu verstehen, künftige Lehrer (als Helfer in Volksbildungsangelegenheiten) mußten sich während ihrer Ausbildung mit den Problemen von Volksbüchereien vertraut machen.

Im Juni 1929 wurde dann nach Vorschlägen Hassingers und des zuständigen Fachausschusses bei der Stadtbücherei Darmstadt eine Staatliche Landesberatungsstelle für das volkstümliche Büchereiwesen in Hessen eingerichtet.⁵⁰ Zu diesem Zeitpunkt hatte allerdings die Zentralstelle schon offiziell aufgehört zu bestehen. Sie war im Zuge der Kabinettsneubildung Anfang 1928 als selbständige Amtsstelle aufgelöst und Heinrich Hassinger, für das Sachgebiet Jugendpflege und Volksbildung verantwortlich, in das Ministerium für Kultus und Bildungswesen (so die neue Bezeichnung des seitherigen Landesamtes für das Bildungswesen) übernommen worden. Hiermit hatte man aus der vier Jahre zuvor erfolgten Reduzierung der Dienststelle auf einen einzigen Beamten die Konsequenzen gezogen.

Seit ungefähr 1927 erfolgte offenbar eine gewisse konzeptionelle Neuordnung der Volkshochschularbeit. Erstens ging sie in Richtung einer

noch engeren Zusammenfassung der Volkshochschulträger auf Landesebene - zu diesem Zweck wurde am 5. September 1927 ein Landesverband hessischer Volkshochschulen gegründet. Zweitens beabsichtigte man die Errichtung regionaler Zentren, von denen aus das Umland mitbetreut werden konnte. Für Oberhessen war Gießen eine solche Mittelpunktfunktion zugeordnet. Die Universitätsstadt besaß ja eine rege, gut organisierte Volkshochschule mit bewährten Mitarbeitern. Vor allem ihr neuer Geschäftsführer, Walter Hegar, widmete sich mit großem Einsatz der überörtlichen Aufgabe. Er löste Dr. Hans Werner ab, der als Studienleiter zur Dr. Arthur-Pfungs-Stiftung nach Frankfurt/Main überwechselte.⁵¹ Hegar setzte auch in der örtlichen Erwachsenenbildung neue Akzente. Seiner Überzeugung nach mußte die Volkshochschule außer der fachlichen Wissensvermittlung viel stärker als bisher die Verbindung mit der Lebenswirklichkeit, den alltäglichen Problemen des Lebens herstellen. "Gestaltung des alltäglichen Lebens, das heißt etwa, daß wir Übelstände, Nöte, Disharmonien eines Lebenskreises, in dem wir aus irgendeinem Grund eingeschlossen sind, durch unsere eigene Geschicklichkeit und durch unser eigenes Gefühl zu mildern, zu beseitigen, auszugleichen und unter Umständen sogar in ihr Gegenteil zu verkehren verstehen." Dazu müsse die Volkshochschule verhelfen durch Schulung des Selbst-Sehens und Selbst-Denkens. "Denn unser Leben krankt meistens auch daran, daß wir nicht gelernt haben, selber zu sehen, was es uns alles bietet. Wir müssen unsere geistigen Sinne üben, um in den selbstverständlichen materiellen Genüssen nicht zu verarmen und unterzugehen, sondern um dem Reichtum der Wirklichkeit geöffnet zu sein und ihn dadurch auch denen, für die wir verantwortlich sind, erschließen zu können."⁵² Zu den seitherigen Dozenten gewann er neue hinzu, die im Sinne positiver Lebensgestaltung Kurse und Vorträge veranstalteten: Beispielsweise Heilpädagoge Dr. Johannes Neumann über Erziehungspsychologie, Menschenführung, Familienprobleme; Dr. med. Walter Malech über gesundheitliche Störungen und Gesundheitspflege; Heilpädagogin Dr. Margret Bücking über Ehefragen. Die Volkshochschule richtete eine öffentliche, unentgeltliche Erziehungsberatungsstelle für Eltern, Kindergärtnerinnen, Fürsorgerinnen und Lehrer ein, ebenso eine Eheberatungsstelle. Sie sollte "Gelegenheit zur Aussprache geben und Ehesorgen, auch Schwierigkeiten unter Verlobten, durch fachmännisch-seelenkundliche Beratung beseitigen".⁵³

Innerhalb der Stadt Gießen war eine verbesserte Zusammenarbeit der Volkshochschule mit dem Goethe-Bund und den Gewerkschaften geplant; schon 1926/27 bestanden Kontakte zur Volkshochschule Wetzlar. Der Aufbau einer regionalen Organisation mit Zentrum Gießen sollte schrittweise vollzogen werden. In jedem Winterhalbjahr beabsichtigte man die Errichtung, beziehungsweise Wiederbelebung einiger Ortsgruppen, "so daß sich der Kreis der angeschlossenen Gemeinden ständig erweitert". Wenngleich die Planung von Vorträgen und Arbeitsgemeinschaften zunächst von Gießen aus erfolgen sollte, war es doch das längerfristige Ziel, daß jeweils am Ort ein "berufener Personenkreis" die selbständige, verantwortliche Weiterführung der Arbeit übernehmen könnte. Die Gießener Volkshochschule hatte vor, jährlich eine Liste von Lehrkräften und Kursthemen anzubieten, um jeder Ortsgruppe eine Zusammenstellung ihres eigenen Lehrplans zu erleichtern. Hegar sprach

sich außerdem für die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft oberhessischer Volkshochschullehrer aus, in der ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch stattfinden sollte. "Die bei der Volkshochschule Gießen vorhandene Sammlung von Volkshochschulliteratur, die bereits im Dienst der oberhessischen Bewegung steht, wird systematisch erweitert." Die Fortbildung der Mitarbeiter der Erwachsenenbildung in Ferienkursen an der Gießener Universität sei wünschenswert.⁵⁴

Soweit für uns rekonstruierbar, kam es ab 1928 in einer Reihe von oberhessischen Orten tatsächlich zur Einrichtung von Kursen und Vortragsveranstaltungen, die von Gießen aus gelenkt wurden. Sie sind nachweisbar für Heuchelheim, Leihgestern, Lollar, Grünberg, Altenburg (Kreis Alsfeld), Friedberg, Bad Nauheim und Vilbel. Von den Gießener Dozenten arbeiteten außer Walter Hegar, Dr. Johannes Neumann, Dr. Walter Malech vor allem Ludwig Hüter, Dr. Konrad Gumbel, Dr. August Baur und auch Studienrat Wilhelm Krauß mit.⁵⁵

Bald traten jedoch auch hier Finanzierungsprobleme auf. Die Kommunen stellten nur geringe - in manchen Fällen überhaupt keine - Zuschüsse zur Verfügung. In einem Bericht über eine Sitzung des Landesverbandsvorstandes der hessischen Volkshochschulen am 20. September 1930 in Bad Nauheim ist sogar von einer "organisatorischen Krise der oberhessischen Arbeit" die Rede. Selbst die gewährten staatlichen Mittel seien unzulänglich.⁵⁶ Petitionen an den hessischen Staatspräsidenten Adelung, der zugleich das Amt des Kultusministers innehatte, waren offenkundig erfolglos. Die allgemeine ökonomische Lage hatte sich erneut verschlechtert, die politische Situation spitzte sich zu. Im Mai 1931 verließ Hegar Gießen und kehrte nach Sulzburg zurück. Das Vorhaben einer zentralgesteuerten, längerfristigen Volkshochschularbeit in Oberhessen war gescheitert.

Ein Schwerpunkt der Tätigkeit Hassingers lag in jenen Jahren bei den Versuchen, die Auswirkungen der Massenarbeitslosigkeit abzumildern. Da materielle Hilfe kaum möglich war, konzentrierte er sich auf Beratung und Mahnung. Er forderte Vereine und Verbände auf, sich um Erwerbslose zu kümmern, ihrer Mut- und Hoffnungslosigkeit entgegenzuwirken. Hilfe dürfe sich nicht nur auf die "Nahestehenden des eigenen Bundes" erstrecken, sie müsse auch "die Fernen" erreichen, die Nichtmitglieder, Scheuen und Einsamen. "An Wärme und Licht der Nester, Heime und Jugendherbergen sollen sie ihren Anteil haben, sollen empfinden das Geheimnis der tragenden Kraft in unserem Ring der Hilfe". Die knappen Finanzmittel sollten auf Umschulung und Fortbildung Arbeitsloser, besonders Jugendlicher, bezogen werden. Arbeitsämter und Volkshochschulen könnten zusammenarbeiten, um größtmögliche Effizienz sicherzustellen und den Teilnehmern an solchen Maßnahmen die Aussicht auf Arbeitsvermittlung zu eröffnen. Durch äußerste Anstrengungen und private Opferbereitschaft gelte es überzeugende, konkrete Solidarität zu üben. Denn der Idee der Volksgemeinschaft sei abträglich, wenn die einen in Not leben, die Glücklicheren aber "lau und teilnahmslos beiseite stehen und nichts wissen, nichts wissen wollen von der schweren Last, die auf dem Nachbarn liegt, auf dem, der nahe bei uns ist".⁵⁷

Beschleunigt vollzog sich jedoch die Verwirrung der Wertbegriffe. Das überall vorhandene Mißtrauen hatte das Miteinander in ein Gegeneinander verkehrt und den "Bejahungswillen zu den vielfachen Formen des Zusammenlebens" zersetzt. Mit Bitterkeit mußte Hassinger erkennen,

daß sich die Volksmehrheit binnen kurzer Zeit der nationalsozialistischen Bewegung zuwandte, die demokratischer Volksbildungsarbeit und freier Jugendpflege rasch ein Ende bereitete.⁵⁸

Anmerkungen

- 1) Franz Angermann: Die freie Volksbildung, 1928, S. 114
- 2) S. dazu H.Nohl: Die pädagogische Bewegung in Deutschland und ihre Theorie, ⁶1963; A.Reble: Geschichte der Pädagogik, ⁷1964, bes. S. 261 f.; Fr.Blättner: Geschichte der Pädagogik, ⁹1962, bes. S. 230 f.; R.v.Erdberg: 50 Jahre freies Volksbildungswesen, 1924, S. 24 f.
- 3) Daten über Hassinger aus biograph. Material des Staatsarchivs Darmstadt BM 3; Darmstädter Echo 15.4.1958; Darmstädter Tagblatt 10.4.1958
- 4) Ausführliche Darstellung der Gesichtspunkte in Heinr.Hassinger: Zehn Jahre amtl. Volksbildungs- u. Jugendpflegearbeit in Hessen, 1928, S. 13 f.
- 5) Zu Strecker ausführlich: E.D.Nees in MOHG, NF Bd. 70, 1985, S. 3 ff.; ders. in Wett.G.Bl.Bd.34, 1985, S. 143 ff.; O.Schlender: Reinhard Strecker - ein Hess. Schulreformer u. Volkserzieher, in AHG Bd. 43, 1985, S. 229 f.
- 6) Zitiert nach Sonderdruck im Schularchiv d. Ernst-Ludwig-Gymnas., Bad Nauheim
- 7) Später sehr ausführlich aufgelisteter Katalog in: Grundgedanken u. Grundlinien des Aufbaus der Zentralstelle, 4. Abschnitt, Staatsarchiv Darmstadt G 21 A, Konv. 1848, Fasz. 10
- 8) Flugschrift 2, 1924/25 in Staatsarchiv Darmstadt G 21, Konv. 1848, Fasz. 10
- 9) Darmstädter Zeitung Nr. 124, 30.5.1919
- 10) Es gab noch vier weitere Ausschüsse: Kinoausschuß, Ausschuß f. Theater u. Kunst, Volkshaus-Ausschuß, Presse-Ausschuß
- 11) Mittermaier u. Fritzsche z.B. waren Mitglieder der DDP, beide auch des Deutschen Republikan. Lehrerbundes; Fritzsche u. Kinkel bekämpften den Antisemitismus u. schrieben für die Zeitschrift 'Der Jude'; sie stellten sich für Feiern zum Verfassungstag als Redner zur Verfügung, Fritzsche z.B. 1924 in Gießen, Kinkel 1925
- 12) Zum vorbereitenden Arbeitsausschuß gehörten u.a. Oberbibliothekar Dr.Karl Ebel, Lehrer Martin Fischer, Oberbürgermeister Keller, Gewerkschafter Albin Mann u. Universitätsassistent Dr.Hans Werner; s. dazu auch: Die VHS Gießen, ihre Entwicklung u. ihre Ziele von Dr.Werner in Gießener Anzeiger, Jubiläumsausgabe 1925, S. 62/63
- 13) Zitiert nach Verzeichnis der Vortragsreihen u. Arbeitsgemeinschaften VHS Gießen, 2. Semester, Jan.-März 1920 in Stadtarchiv Gießen Be 25 a,b,c
- 14) Gießener Anzeiger Nr. 233, 6.10.1919; Darmstädter Zeitung Nr. 234, 7.10.1919. Die Geschäftsstelle befand sich Löberstr. 26, Ge-

- schäftsführer: Dr.H.Werner, Mitgliederzahl etwa 300; Eröffnung anderer Volkshochschulen: z.B. Offenbach 14.10.1919; Mainz 19.10.1919, Darmstadt 2.11.1919
- 15) Themen u. alle Referenten s. Gießener Anzeiger Nr. 138, 17.6.1919; über den Darmstädter Kurs s. Darmstädter Zeitung Nr. 99, 29.4.1919 u. Nr. 110, 13.5.1919
 - 16) Grundsätzliche Ausführungen zur Hess. Landeswanderbühne außer im Bericht 'Zehn Jahre amtl. Volksbildungsarbeit' in Darmstädter Zeitung Nr. 204, 1.9.1920; Nr. 184, 9.8.1921; zur techn. u. künstler. Einrichtung Darmstädter Zeitung Nr. 206, 3.9.1921; Strecker hat in einem Erlaß vom August 1921 die Lehrerschaft zur Unterstützung aufgerufen
 - 17) Was will die kleine Heimatbühne? in Darmstädter Zeitung Nr. 35, 10.2.1922; ferner Nr. 288, 15.12.1921; die Zentralstelle ließ u.a. ein Verzeichnis hess. Heimatliteratur erstellen unter maßgeblicher Mitarbeit von Dr.Karl Esselborn u. Pfr. Bechtolsheimer; sie führte 1923 eine Erhebung über den Stand der Heimat-Pflege-Bestrebungen in Hessen durch, organisierte vom 13. bis 15.3.1923 einen Heimatpflegekurs in Darmstadt
 - 18) Darmstädter Zeitung Nr. 41, 17.2.1923; Verzeichnis d. Lichtbildsammlung u. Filmvermittlung in Flugschrift 11, 1923 Staatsarchiv Darmstadt G 21, Konv. 1848, Fasz. 1-17
 - 19) Alle Veranstaltungen fanden in Darmstadt statt; Grundsatzüberlegungen Hassingers in Flugschrift Nr. 7, 1923, Staatsarchiv Darmstadt, Akten Gymnas. Laubach Fasz. 174
 - 20) Darmstädter Zeitung Nr. 78, 4.4.1923; Nr. 83, 10.4.1923
 - 21) Berichte in Flugschrift Nr. 7 a.a.O.; Darmstädter Zeitung Nr. 233, 5.10.1923; Ergänzung von Dr.Koch in Nr. 238, 11.10.1923; Koch war Universitätsbibliothekar u. Mitbegründer der Hess. Vereinigung für Volkskunde
 - 22) Flugschrift Nr. 11, 1923, Staatsarchiv Darmstadt G 21 A, Konv. 1848, Fasz. 1-17
 - 23) Darmstädter Zeitung Nr. 48, 26.2.1924
 - 24) Prof.Dr.Hans Schmidt war Theologe mit Schwerpunkt AT u. Religionsgeschichte; er veranstaltete mit Mittermaier, Messer u. Sommer 1924/25 in der Gießener VHS eine Vortragsreihe zur Alkoholfraße, s. Stadtarchiv Gießen Be 25a,b,c; Bericht über Darmstädter Tagung in Darmstädter Zeitung Nr. 226, 27.9.1923 u. Flugschrift Nr. 7, Staatsarchiv Darmstadt, Akten Gymnas. Laubach Fasz. 174; auch der allgemein. hess. Landesjugendtag 9./10. Juni 1923 in Darmstadt beschäftigte sich mit der Thematik
 - 25) Richtlinien für die Ortsausschüsse, Staatsarchiv Darmstadt G 21 A Konv. 1848, Fasz. 1-17
 - 26) Richtlinien a.a.O.; dort auch Zusammenstellung der Aufgaben
 - 27) Dr.R.v.Erdberg: 50 Jahre freies Volksbildungswesen, 1924, S. 56 ff.
 - 28) Flugschrift Nr. 11, 1923, Staatsarchiv Darmstadt G 21 A Konv. 1848, Fasz. 1-17
 - 29) Th.Bäuerle war Direktor des Württemb. Vereins u. hatte spätestens seit den Tagungen der Volksakademie des Rhein-Main.

- Verbandes f. Volksbildung während des 1. Weltkriegs enge Kontakte nach Hessen. Er gehörte zu den führenden Köpfen der Volksbildungsbewegung in der Weimarer Republik, war nach dem 2. Weltkrieg Ministerialdirektor im württemberg.-badischen Kultusministerium und übernahm dessen Leitung, s. Theodor Heuß: Würdigungen, 1955, S. 323 f.
- 30) Zehn Jahre amtl. Volksbildungs- u. Jugendpflegearbeit, S. 12; zu den finanziellen Schwierigkeiten Hessens s. Berichte Eduard Davids als Reichsvertreter in Hessen 1921-1927, bes. S. 152 f., 146 f., 206, 208, 222
 - 31) Zehn Jahre amtl. Volksbildungs- u. Jugendpflegearbeit S. 10/11
 - 32) Von den 12 Vorlesungen waren vom Thema her drei expressis verbis auf den Sozialismus bezogen, eine beschäftigte sich mit dem 'demokrat. Prinzip', andere hatten allgemeinere, bzw. naturwissenschaftl. Themen; die Referenten standen überwiegend SPD und DDP nahe. Anfrage s. Drucksache Nr. 60 in 1. Drucksachenband der Verhandlungen der Volkskammer der Republik Hessen
 - 33) S. Drucksachenband a.a.O. Nr. 153
 - 34) Protokolle d. Volkskammer d. Republik Hessen, Bd. 1, S. 668 ff.
 - 35) S. dazu Aufsatz d. Verf. in MOHG, NF Bd. 70, bes. S. 25; in etwas unbeholfenen Ausführungen wehrte als Teilnehmer am Gießener Kurs auch der sozialdem. Abg. Heinrich Häuser den Vorwurf parteipol. Einseitigkeit ab, Prot.Bd.1, S. 721 f.
 - 36) Protokolle, a.a.O. S. 709
 - 37) Zu Urstadt, der Schulmann u. Stadtverordneter in Gießen gewesen ist und dort 1945 verstarb s. Ruppel/Groß: Hess.Abg., S. 256
 - 38) Zu F.Werner s.u.a. J.P.Jatho: Wett.GBl.Bd. 34, 1985, S. 181 f.
 - 39) U.a. Protokolle 2. Landtag 52. Sitzung, 1923, S. 1127; 95. Sitzung, 1924, S. 2076; 3. Landtag 33. Sitzung, 1925, Prot.Bd.1, S. 651
 - 40) Z.B. 82. Sitzung d. 3. Landtags 25.3.1926, Prot.Bd.3, S. 1847; desgl. 3. Landtag 31. Sitzung, 9.7.1925, Prot.Bd. 1, S. 614; Darmstädter Zeitung Nr. 44, 22.2.1926
 - 41) Prot.2.Hess.Landtag 97. Sitzung, Bd. 3, S. 127; vgl. lobende Beurteilung d. Zentralstelle durch Eduard David in seinen Berichten als Reichsvertreter in Hessen, hrsg. von E.P.Kahlenberg, S. 165. Das Zentrum hielt sich zurück, deutlich formulierte Anerkennung der Arbeit Hassingers dann bei den Etatberatungen 1930 u. 1931
 - 42) Flugschrift Nr. 7 1923, Staatsarchiv Darmstadt, Akten Gymnas. Laubach Fasz. 174
 - 43) Z.B.Flugschrift Nr. 4, 1925; Aufruf in Darmstädter Zeitung Nr. 200, 28.8.1926
 - 44) Z.B.Artikel 'Gegen die Sensation' in Darmstädter Zeitung Nr. 299, 22.12.1926 u. in Weihnachtsgruß an Hessens Jugend, Darmstädter Zeitung Nr. 300, 22.12.1927; solche Weihnachts- oder Neujahrsgrüße erschienen regelmäßig in der Presse
 - 45) Darmstädter Zeitung Nr. 11, 15.5.1926
 - 46) H.Hassinger: Miteinander, 1930, S. 14; ähnliche Gedanken in der Broschüre: Um die Seele unserer Jugend, 1931
 - 47) Vom Weg u. Wesen, von Wollen u. Wirken der Jugendherbergen u. des Jugendwanderns - Zusammenfassung von Aufsätzen Hassin-

- gers, 1931, S. 133; Hassinger war 1. Vors. des Gaues Südhessen im Verband f. dt. Jugendherbergen
- 48) Bericht Darmstädter Zeitung Nr. 249, 24.10.1927
- 49) Gießener Anzeiger Nr. 207, 2. Blatt, 5.9.1927; die 1922 u. 1923 von der Zentralstelle durchgeführten Dirigentenkurse für Vereinsleiter und Lehrer konnten infolge Kürzung der Mittel, ebenso wie Bezirksdirigententage, nicht fortgesetzt werden.
- 50) Erlaß des Kultusmin. vom 4.6.1929, Darmstädter Zeitung Nr. 129, 6.6.1929
- 51) Walter Hegar, geb. 8.7.1892 in Sulzberg/Baden, war zuvor Leiter der Frankfurter Jugendhochschulgemeinde; er hatte maßgeblichen Anteil am Zustandekommen des Landesverbandes Hess. Volkshochschulen, von ihm stammten die Richtlinien. Die Geschäftsführung wurde für ein Jahr der Gießener VHS übertragen, s. Arbeitsplan VHS Gießen 1927/28, S. 5, Stadtarchiv Gießen Be 25a,b,c
- 52) Was will die Volkshochschule? aus VHS Gießen, 21. Halbj. 1929, S. 2
- 53) Unterlagen Stadtarchiv Bad Nauheim AII 92/93; Erziehungs- und Eheberatung fanden in Löberstr. 19 statt; Geschäftsstelle der VHS seit 1926/27 in Wolfstr. 10
- 54) Planungspapier Hegars Staatsarchiv Darmstadt G 15 Kreis Alsfeld M 469
- 55) Hüter, bis 1926 OStR am Gießener Gymnasium, überzeugter Demokrat, Vors. des Dt. Republ. Lehrerbundes, langjähriger Dozent an Gießener VHS, beschäftigte sich u.a. mit geschichtl. u. literar. Themen; Gumbel, Dipl.Volkswirt, SPD-Kandidat f. Reichstagswahlen 1930, behandelte wirtschaftl. Fragen; Baur, OStD an Gießener Oberrealschule, befaßte sich mit Literatur; Krauß, Lehrer an Oberrealschule, gab Einführungen in Musik, Musikgeschichte
- 56) Bad Nauheimer Zeitung Nr. 224, 25.9.1930; auch auf dem Volksbildungstag im Oktober des gleichen Jahres in Gießen Hinweise auf schwierige Lage, Gießener Anzeiger Nr. 239, 13.10.1930
- 57) Rundschreiben des Hess. Ministeriums f. Kultus u. Bildungswesen, Dezember 1931, Stadtarchiv Bad Nauheim AII 92/93; Aufruf in Darmstädter Zeitung Nr. 253, 30.11.1930. Mit dem Problem der Hilfe für Erwerbslose beschäftigte sich besonders der Leiter der Offenbacher VHS, Dr. Ludwig Neundörfer, zuvor Universitätsassistent in Gießen u. Mitarbeiter der dortigen VHS
- 58) Hassinger wurde 1933 entlassen u. vorübergehend ("wie üblich wegen Veruntreuung von öffentl. Geldern") inhaftiert. Nach 1945 war er als Referent für Erwachsenenbildung im württemberg. Kultusministerium tätig; seit 1949 Vorsitzender des Dt. Jugendherbergsverbandes; er verstarb 19.3.1967 in Stuttgart, s. Darmstädter Echo 12.5.1967